



„Bilderbuch-Imperialismus“ Wladimir Putins
Ex-Außenministerin Plassnik über die Lehren
aus einem Jahr Krieg in der Ukraine

THEMA 6/7

GERHILD DEUTSCH



KURIER

UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS FÜR ÖSTERREICH

Donnerstag
23. Februar 2023
Nr. 54 / 2 €

KURIER.at

„Mietpreisbremse wäre schwerer Eingriff ins Privateigentum“

Nach KURIER-Bericht: Immo-Experten wie Louis Obrowsky gegen Pläne der Regierung **POLITIK 5**

Städteurlaub erwacht, Tirol hinkt hinterher

Tourismus. Von wegen nichts los. Wien gibt in Sachen Städte-tourismus ein kräftiges Lebenszeichen von sich. Trotz ausbleibender Gäste aus Asien entwickelten sich die Nächtigungszahlen zuletzt besser als etwa in Tirol, wundern sich selbst Experten. Was alle Bundesländer gemeinsam haben – deutlich weniger Urlauber aus Deutschland. Viele sparen in Zeiten hoher Inflation. Dass deswegen gleich der Sommer wackelt, bezweifelt WIFO-Tourismusexperte Oliver Fritz. Eher wird bei der Unterkunft gespart – wie bereits im Vorjahr. Ferienwohnungen und Chalets liegen weiter im Trend, im Sommer wie im Winter. Reiseentscheidungen werden aber nicht nur vom Urlaubsbudget, sondern neuerdings auch vom Klimawandel beeinflusst. Der Sommer könnte an Bedeutung gewinnen.

WIRTSCHAFT 11



Wieder sonnigere Zeiten: In den Städten ist wieder mehr los, obwohl Fluggäste aus den Überseemärkten noch ausbleiben

GERHILD DEUTSCH



Was das Picklerl gebracht hat

Parken. Seit einem Jahr gilt die umstrittene Parkraumbewirtschaftung in ganz Wien. Zeit für eine Zwischenbilanz.

SEITE 16

Rechtsstreit um Ho-Pizzeria

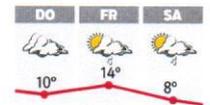
Innere Stadt. Klagen über Klagen: Der Rechtsstreit rund um die Pizzeria im ehemaligen Novomatic-Forum eskaliert. Martin Ho soll in sein eigenes Lokal eingebrochen sein.

SEITE 17

Region rebelliert gegen Spritpreise

Salzburg. Lungauer Ortschefs schalten Wettbewerbsbehörde ein; der KURIER war vor Ort.

SEITE 18



Regen im Anzug. Immer mehr Wolken, am Abend tropfelft's.

WETTER 2

Börse 10
Auszeit 20
Fernseh- und Radiotipps 26

Phallus

S. H.

1992 haben Forscher in Nordengland ein geschnitztes Holz aus der Römerzeit gefunden. So weit, so uninteressant. Zumal damals von einem „Gerät zum Stopfen von Textilien“ die Rede war. Dass es sich offensichtlich um einen Holzphallus handelt, ist mangels Sachkenntnis niemandem aufgefallen.

So gesehen war man vor 30 Jahren verklemmter als in der Altsteinzeit. Schon damals war das Schnitzen von Sexspielzeug mangels Internet und Fernsehen so etwas wie ein Volkssport. Irgendwann wurde das Thema aber heikel. Im Mittelalter wurde bestraft, wer mit einem Dildo erwischt wurde. In der Antike waren Denker froh, wenn sie ein kleines Geschlechtsteil hatten. Das zeugte von einem klaren Verstand. In Bhutan ist der Umgang mit dem männlichen Geschlecht entspannter. Quasi in jedem Hauseck steht ein Phallus. Er gilt als Glücksbringer. Baumelt als solches oft in Autos am Rückspiegel. Dort, wo bei uns für gewöhnlich ein Rosenkranz hängt.

simone.hoepke@kurier.at



Post: Österreichische Post AG TZ 022034477;
KURIER Zeitungsverlag und Druckerei GmbH,
1190 Wien Retouren: Postfach 100, 1350 Wien
DE, IT, SL € 3,60; HRK 27,12 / € 3,60

**MEDIZIN & PSYCHOLOGIE
STUDIEN
IN KREMS**

**OPEN
UNIVERSITY**
11. MÄRZ 2023
10–14 Uhr
Campus Krems

10 years
www.kl.ac.at

KARL
LANDSTEINER
KL
PRIVATUNIVERSITÄT FÜR
GESUNDHEITSWISSENSCHAFTEN

Do. 23.02. **P** Gratis Parken

-15%

in **25 Shops**

Alle Shops auf der Website, Facebook & Instagram

LUGNER CITY

Hausbesitzer gegen Mietpreisbremse

Vermieter. Die geplante Änderung von Zinshausmieten stößt bei den Eigentümern auf heftige Kritik. Sie fürchten nicht nur um den Erhalt der Bausubstanz. Es werde künftig auch weniger Mietwohnungen geben

VON ROBERT KLEEDORFER

Noch gibt es in Wien rund 13.000 klassische Zinshäuser. Doch die Zahl schrumpft. Weil sie einfach nicht mehr am Markt sind. Im Jahr 2009 waren es noch mehr als 15.500. Vor allem Familien machen angesichts der guten Marktlage noch jetzt schnell Kasse, wie aus der Branche zu hören ist. Und weil eine erneute Verschärfung des Mietrechts bevorsteht – konkret eine Mietpreisbremse.

Wie der KURIER gestern berichtete, steht die Koalition angesichts der steigenden Mietpreise unter Zugzwang. Konkret soll die bisherige Berechnung der alle zwei Jahre stattfindenden Preiserhöhung bei Richtwertmieten aufgeweicht werden. Denn diese basiert rein auf der Inflationsrate. Und diese war so hoch, dass nun im April nach bereits einer Anhebung im Vorjahr (um 5,85 Prozent) eine weitere im Ausmaß von 8,6 Prozent droht. Betroffen wären landesweit mehr als 300.000 Haushalte, vor allem Bewohner privater Altbauwohnungen mit Mietverträgen ab März 1994. Hinzu kommen noch rund 100.000 Mieter in Gemeindefamilienwohnungen.

Die Opposition fordert vehement Änderungen bei der Berechnung (siehe Bericht rechts) und die Regierung wird dem auch nachkommen. Unterm Strich soll die Anhebung deutlich abgemildert werden. Das erzürnt naturgemäß die Vermieter.

„Das wäre eine reale Mietkürzung und ein schwerer Eingriff ins Privateigentum“, sagt Louis Obrowsky, Präsident des Verbands der Institutionellen Immobilieninvestoren. International werde über die Mietpreise in Österreich gelacht, insbesondere was die Richtwerte in Wien betreffe. Mit 6,15 Euro je Quadratmeter liegt der Preis nicht nur weit unter jenen vergleichbarer Gebäude in anderen Großstädten; er ist auch österreichweit der zweitniedrigste nach dem Burgenland.



Wer eine Altbauwohnung vermietet, wird wohl die Miete nicht wie gedacht erhöhen können

In Vorarlberg als Spitzenreiter sind es 9,44 Euro.

Obrowsky warnt im KURIER-Gespräch vor den Folgen. „Private werden nicht mehr investieren wollen oder können.“ Infolge werde es zu Verkäufen an institutionelle Investoren kommen, die aber auch nicht mehr die nötigen Renditen erzielen werden.

Auch werde die Klimaneutralität auf dem Altar des Aktionismus geopfert. Denn ohne ausreichende Mieten würden die Mittel für thermische Sanierungen oder die Einrichtung alternativer Energieformen fehlen.

Schaden für Stadtbild

Mit der Preisbremse würden entweder weitere Objekte zu Eigentumswohnungen umgewandelt, „und dem Mietmarkt entzogen“. Oder aber es käme zu noch mehr Abrissen, weil bei Neubauten höhere Mieten verlangt werden können. „Das wiederum schadet dem Stadtbild“, so Obrowsky.

„Ein derartiges Verhalten ist in hohem Maße eigentumsfeindlich und ein Geschenk auf Kosten der Vermieter“, empört sich Martin Prunbauer, Präsident des Haus- und Grundbesitzverbundes. „Das Vorgehen entbehrt jeder Logik, ist reiner

Populismus und das zulasten Dritter, nämlich der Vermieter.“ Im Zuge der Pandemie sei die Erhöhung um ein Jahr verschoben worden (auf 2022). Dann sei von den Parlamentsparteien (ausgenommen Neos) beschlossen worden, mit April 2022 und ein weiteres Mal im April 2023 und danach wieder jedes 2. Jahr die Mietzinse auf Grundlage des VPI zu ändern. „Eigentümer und Vermieter müssen sich auf den Gesetz-

geber verlassen können.“

In eine ähnliche Kerbe schlägt Michael Pisecky, Obmann der Immobilienrentnerhändler in der Wirtschaftskammer Wien. „Solche Maßnahmen sind mit einer vorausschauenden Wohnbaupolitik und Wohnungspolitik nicht vereinbar. Notleidenden Mietern sollte mit punktgenauen Instrumenten der Sozialpolitik geholfen werden, aber nicht über Wohnpolitik mit der Gießkanne.“

Mieten steigen um 8,6 %: Rote machen Druck

SPÖ bringt Modell für Preisdeckel ein

Teuerung. Die Sozialdemokraten bekräftigten am Mittwoch ihren Ruf nach einer Aussetzung der Mietzinserhöhungen bis 2026. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner als auch die Arbeiterkammer wollen die jährlichen Mietzinserhöhungen mit maximal zwei Prozent deckeln. Argumentiert wird, dass das in anderen EU-Ländern gut funktioniert habe.

Per April drohen immense Steigerungen der Richtwert- und Kategoriemieten um 8,6 Prozent, da diese an die Inflation angepasst werden. Vor allem SPÖ, FPÖ, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund ÖGB machen Druck, rasch zu handeln – und auch das Mietrecht an sich zu reformieren – was allerdings Regierungen seit einem Jahrzehnt nicht geschafft haben. Die tür-

kis-grüne Regierung wollte bis April eine Lösung finden, so Justizministerin Alma Zadić nach dem Ministerrat am Mittwoch. Die Gespräche liefen auf parlamentarischer Ebene. Denen wollte sie nicht vorgreifen.

Heute, Donnerstag, will die SPÖ einen Antrag im Bautenausschuss für einen Mietpreisdeckel einbringen. Man sei „jederzeit bereit, zu verhandeln oder einen gemeinsamen Antrag einzubringen“, so die rote Wohnbauprecherin und Bautenausschussvorsitzende Ruth Becher.

Die FPÖ will laut einer Aussendung „aufarbeiten“, dass die ÖVP in der Wohnpolitik „Renditen der Superreichen“ sichere und „gleichzeitig den sozialen Wohnbau verschelbelt“, so FPÖ-Bautensprecher Philipp Schrangl.

WILD UMSTRITTEN

WER MITREDEN WILL, MUSS HINSCHAUEN KÖNNEN!



HC STRACHE | EVA GLAWISCHNIG | FLORIAN SCHEUBA
RUDI FUSSI | LENA SCHILLING | ANNELIESE ROHRER

und viele mehr reißen sich mit Werner Sejka um die Themen des Tages.

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Anmeldestart für gefragte Studien

Hochschulen. Mit 1. März startet an den österreichischen Universitäten die Anmeldefrist für einen Großteil der zugangsbeschränkten Studien. Betroffen sind neben Medizin und Psychologie auch die Lehramtsstudien sowie weitere an einzelnen Unis überlaufene Fächer. Gibt es weniger Interessentinnen und Interessenten als Plätze, kann der Aufnahmetest entfallen. Wer Medizin studieren will, muss sich zwischen kommendem Mittwoch und 31. März online registrieren und 110 Euro als Kostenbeitrag bezahlen. Der Test findet am 7. Juli statt.

Volksanwaltschaft prüft Aliquotierung

Pensionen. Die Volksanwaltschaft leitet ein Prüfverfahren zur Anpassung ein. Grund sind Beschwerden von Menschen, die im ersten Pensionsjahr keine volle Anpassung bekommen. Die geltende Aliquotierung funktioniert so: Im ersten Jahr bekommt man nur dann 100 Prozent der Anpassung, wenn man im Jänner in Pension geht. Im Februar sind es 90 Prozent, im März 80, usw. Für heuer gilt die Sonderregelung, dass es ab Juni nicht mehr weiter (also unter 50 Prozent) sinkt. Vor allem SPÖ und Gewerkschaft fordern eine Abschaffung dieser Regelung.

Mo-Do 20:15 LIVE

PULS 24



JETZT APP
DOWNLOADEN!